

Geflüchtete Kinder dürfen keine verlorene Generation werden

Bildungsgewerkschaft GEW zum Welttag gegen Kinderarbeit

Mitteilung: GEW Hauptvorstand

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vizepräsidentin der Bildungsinternationale, Marlis Tepe, hat am Welttag gegen Kinderarbeit deren Zunahme in Krisenregionen beklagt. Sie forderte von der Bundesregierung mehr Anstrengungen für Bildung in der Humanitären Hilfe.

„Weltweit gehen 75 Millionen Kinder aufgrund von Krisen, Konflikten oder Flucht nicht zur Schule – oft über Jahre hinweg“, erklärte Tepe am Sonntag in Frankfurt am Main. Im Zuge des Syrienkonfliktes sei auch die Kinderarbeit angestiegen: „In Jordanien, im Libanon, im Irak, in der Türkei und in Syrien selbst sind viele geflüchtete Kinder gezwungen zu arbeiten, um den Unterhalt ihrer Familien zu sichern, anstatt zur Schule zu gehen.“ Allein in der Türkei hätte rund eine halbe Million geflüchteter Mädchen und Jungen keinen Zugang zu Bildung, so Tepe. Deutschland könne und müsse international mehr tun, um das Recht auf Bildung zu gewährleisten. „Die Bundesregierung muss handeln und mehr Geld für Bildung in der humanitären Hilfe zur Verfügung stellen“, appellierte die GEW-Chefin an die Politik.

Erst vergangenen Monat habe die internationale Staatengemeinschaft auf dem humanitären Weltgipfel in Istanbul den Fonds „Education Cannot Wait – Bildung kann nicht warten“ zur Finanzierung von Bildung in Krisen- und Konfliktländern ins Leben gerufen. Deutschland habe jedoch dafür keine Mittel zugesagt. „Die Bundesregierung muss jetzt ein Signal setzen und den Fonds mit mindestens 50 Millionen Euro unterstützen“, verlangte die GEW-Vorsitzende.

Die Türkei ermögliche zwar Kindern, die dort in den 25 offiziellen Flüchtlingslagern leben, die Schule zu besuchen, die große Mehrheit der geflüchteten Mädchen und Jungen befinde sich aber außerhalb dieser Unterkünfte und sei vom Zugang zu Bildung abgeschnitten. Ohne mehr Geld für Bildung in Krisenregionen drohe in der Türkei und in den anderen Nachbarländern Syriens eine ganze Generation ohne Schulbildung aufzuwachsen. „Bildung ist ein Menschenrecht, das auch für Flüchtlingskinder gilt. Sie dürfen nicht zu einer verlorenen Generation werden“, mahnte Tepe. Jedem Kind die Chance auf Bildung zu geben, müsse die Antwort auf die zunehmende Kinderarbeit sein, unterstrich sie.

Info:

Der Welttag gegen Kinderarbeit wurde 2002 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Kinderhilfswerk UNICEF ins Leben gerufen. Seitdem findet er jährlich am 12. Juni statt. Nach Angaben von UNICEF arbeiten derzeit weltweit rund 150 Millionen Kinder im Alter zwischen fünf und 14 Jahren, die meisten davon in der Landwirtschaft.

Die Bildungsinternationale ist der globale Dachverband von rund 400 Lehrer- und Bildungsgewerkschaften mit mehr als 32 Millionen Mitgliedern weltweit. Sie setzt sich für das Recht auf Bildung für alle und den Stopp von Kinderarbeit ein. Seit 2015 ist die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe eine von fünf Vizepräsidenten der Bildungsinternationale.

PM v. 12.6.2016

Ulf Rödde

GEW-Hauptvorstand

www.gew.de